

Protokoll

zur Sitzung des Rates der Stadt Barsinghausen
Sitzungs-Nr: XVIII/26 Rat
Sitzungstermin: am Donnerstag, dem 23.05.2019, 19:00 Uhr bis 20:50 Uhr
Sitzungsort: Zechensaal Barsinghausen im Besucherbergwerk,
Knappschaftstraße

Anwesend sind:

Bürgermeister

1. Bürgermeister Lahmann, Marc

Mitglieder CDU-Fraktion

2. Ratsfrau Bischoff, Lilli
3. Ratsherr Bohrßen, Bernd-Konrad
4. Ratsherr Kowalski, Michael
5. stellv. Bürgermeister Dr. Matthiesen, Max,
6. stellv. Bürgermeister Neddermeier, Karl-Heinz
7. Ratsfrau Runge, Eva
8. Ratsherr Schroth, Gerald
9. Ratsherr Schumann, Ralf
10. Ratsfrau Senft, Monika
11. Ratsherr Prof. Dr. Zieseniß, Roland,

Mitglieder SPD-Fraktion

12. Ratsherr Burkat, Ulrich
13. Ratsherr Dobelmann, Reinhard
14. Ratsherr Gottschalk, Günter
15. Ratsfrau Härdrich, Laura
16. stellv. Bürgermeisterin Hunte-Grüne, Marlene
17. Ratsherr Messing, Peter
18. Ratsfrau Pannki, Claudia
19. Ratsherr Schneider, Maximilian
20. Ratsherr Schünhof, Henning
21. Ratsvorsitzende Schüßler, Claudia, MdL
22. Ratsherr Träger, Stephan

Mitglieder FDP-Fraktion

23. Ratsherr Benseler, Jörn
24. stellv. Ratsvorsitzender Wellhausen, Fred

Mitglieder Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

25. Ratsherr Dogan, Abduselam
26. Ratsherr Lux, Thomas
27. Ratsfrau Riemer, Susanne bis TOP 4
28. Ratsherr Roth, Frank ab TOP 5
29. Ratsherr Röver, Christian

Mitglieder UWG-Fraktion

30. Ratsherr Hafemann, Clemens

| | | |
|-----------------------------------|-------------------------|-------------------------|
| 31. | Ratsherr | Neugebauer, Markus |
| <u>Mitglieder AfD-Fraktion</u> | | |
| 32. | Ratsherr | Schulz, Peter |
| 33. | Ratsherr | Siedler-Borker, Michael |
| <u>Mitglieder Fraktion AFB-WG</u> | | |
| 34. | Ratsfrau | Dr. Beckmann, Kerstin, |
| 35. | Ratsfrau | Klein, Bettina |
| <u>Ratsmitglied</u> | | |
| 36. | Ratsherr | Busch, Ralf |
| <u>von der Verwaltung</u> | | |
| 37. | Erster Stadtrat | Dr. Wolf, Thomas, |
| 38. | Verwaltungsvorstand Bau | Wollny, Alexander |
| 39. | Leiter Stab | Müller, Stefan |
| 40. | Verwaltungsangestellter | Foth, Denny |
| 41. | Verwaltungsangestellter | Kneußel, Christian |

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung der öffentlichen und der nichtöffentlichen Sitzung
2. Fragestunde der Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Barsinghausen
3. Aktuelle Stunde
4. Feststellungsbeschluss gemäß § 52 Abs. 2 NKomVG über einen Sitzverlust im Rat der Stadt Barsinghausen
XVIII/0742
5. Umbesetzungen in Ausschüssen des Rates und anderen Gremien
6. Änderung der Geschäftsordnung für den Rat, den Verwaltungsausschuss, die Ratsausschüsse und die Ausschüsse nach besonderen Rechtsvorschriften der Stadt Barsinghausen
XVIII/0391
7. Bericht über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses und wichtige Angelegenheiten
8. Ernennung eines Ehrenbeamten der Freiwilligen Feuerwehr
XVIII/0755
9. Delegation von Zuständigkeiten und Auslegung des § 85 Abs. 1 Nr. 7 Nieders. Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG)
XVIII/0735
10. QEK - Qualitätssteigerungs- und Entwicklungskonzept
XVIII/0575

11. Beitritt der Stadt Peine und der Gemeinden Edemissen, Ilsede und Wendeburg zur gemeinsamen kommunalen Anstalt "Hannoversche Informationstechnologien AöR" (HannIT)
XVIII/0746
12. Neufassung des Gesellschaftsvertrages der Stadtwerke Barsinghausen GmbH
XVIII/0421
13. Strategische Steuerung: Ziele und Kennzahlen der wesentlichen Produkte
XVIII/0683
14. Nachbesetzung des Integrationsbeirates
XVIII/0744
15. Investitionszuschuss an den Verein "Leben in Göxe e.V." zur Schaffung von 15 zusätzlichen Kindergartenplätzen
XVIII/0751
16. Erlass einer Sperrzeitverordnung für das Stadtfestwochenende
XVIII/0757
17. Satzung zur 3. Änderung der Friedhofssatzung der Stadt Barsinghausen
XVIII/0733
18. Entwicklung eines Mobilitätskonzeptes, "Mobilität 2024" in Barsinghausen
- Antrag der Gruppe CDU/FDP -
XVIII/0754
19. Annahme von freiwilligen Zuwendungen
20. Mitteilungen der Verwaltung
21. Anträge, Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

Öffentliche Sitzung:

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung der öffentlichen und der nichtöffentlichen Sitzung

Frau Schüßler eröffnet die 26. Sitzung des Rates der Stadt Barsinghausen und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

Sogleich stellt Frau Schüßler die Tagesordnung mit folgenden Veränderungen zur Abstimmung.

A) Folgender Tagesordnungspunkt ist von der Tagesordnung abzusetzen:

TOP 12 – XVIII/0421 Neufassung des Gesellschaftsvertrags der Stadtwerke Barsinghausen

Herr Dobelmann stellt den Antrag, die Vorlage XVIII/0774 als Eilantrag nach § 6 Absätze 1, 2 der Geschäftsordnung auf die Tagesordnung zu setzen.

Frau Schüßler lässt über diesen Antrag abstimmen.

Ja-Stimmen: 11 Nein-Stimmen: 22 Stimmenthaltungen: 1
Beratungsergebnis: abgelehnt

Damit wurde der Antrag zur Aufnahme der Vorlage XVIII/0774 als Eilantrag auf die Tagesordnung zu nehmen, abgelehnt.

Weitere Änderungsanträge durch den Rat liegen nicht vor.

Frau Schüßler stellt anschließend die vorliegende Tagesordnung mit der genannten Veränderung, TOP 12 – XVIII/0421 Neufassung des Gesellschaftsvertrags der Stadtwerke Barsinghausen abzusetzen, zur Abstimmung.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 32 Nein-Stimmen: 0 Stimmenthaltungen: 2
Beratungsergebnis: zugestimmt

Die Tagesordnung der öffentlichen und nichtöffentlichen Sitzung mit den vorgestellten Änderungen sowie die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

2. Fragestunde der Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Barsinghausen

Herr Bauer stellt folgende Fragen an die Verwaltung:

1. Wann wird das neue Wasserwerk in Eckerde gebaut?
2. Wann wird die Straßenausbaubeitragssatzung abgeschafft?
3. Wie ist der Sachstand zur Änderung der Grundsteuer in Barsinghausen?

Herr Lahmann antwortet wie folgt:

Zu 1.

Dem Aufsichtsrat der Stadtwerke Barsinghausen wurde im April ein Gutachten zum Neubau des Wasserwerkes vorgestellt. Auf dieser Grundlage soll im Juli eine Empfehlung durch den Aufsichtsrat der Stadtwerke gegeben werden. Somit soll voraussichtlich in der Ratssitzung im September eine Vorlage zur Beschlussfassung in den Rat eingebracht werden, sofern eine Änderung in Bezug auf den bestehenden Beschluss zum Neubau des Wasserwerkes notwendig wäre. Der Ratsbeschluss vom 22.06.2017 zur Ausschreibung des Wasserwerkes wurde durch den Geschäftsführer der Stadtwerke nicht umgesetzt.

Zu 2.

Eine Vorlage zur Abschaffung der Straßenausbaubeitragssatzung wird im kommenden Sitzungslauf eingebracht.

Zu 3.

Hierzu muss der Bund eine Änderung des Grundsteuergesetzes veranlassen. Sollte dies der Fall sein, wird die Verwaltung dementsprechend handeln. Dies bleibt abzuwarten.

Frau Eickhoff fragt die Verwaltung, wie es mit der aktuellen Kindergartenplatzvergabe weitergehe, da hier ca. 100 Kinder keinen Platz erhalten hätten. Weiterhin wird erfragt, inwiefern bei einer Ablehnung den Eltern eine Begründung mitgeteilt würde.

Herr Dr. Wolf berichtet, dass sich durch die Änderung des Kitagesetzes ein noch höherer Bedarf an Kitaplätzen ergeben habe als bereits vorab prognostiziert. Die Verwaltung arbeitet zur Zeit an kurzfristigen Lösungen, um dem Problem zum neuen Kita-Jahr in diesem Sommer entgegenzuwirken. Für die jeweiligen Ablehnungsbescheide sei eine individuelle Antwort nötig und könne daher nicht pauschalisiert werden.

Frau Owens erfragt, ob die Verwaltung z.Zt. keinen Klimaschutzmanager beschäftige.

Herr Lahmann antwortet, dass durch eine interne Umbesetzung die Stelle momentan unbesetzt sei. Diese würde gemäß der vorhandenen Prioritätenliste der Personalabteilung ausgeschrieben.

3. Aktuelle Stunde

Es liegen keine Themen zur aktuellen Stunde vor.

4. Feststellungsbeschluss gemäß § 52 Abs. 2 NKomVG über einen Sitzverlust im Rat der Stadt Barsinghausen Vorlage: XVIII/0742

Frau Schüßler führt in die Beschlussvorlage ein.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 34 Nein-Stimmen: 0 Stimmenthaltungen: 0
Beratungsergebnis: zugestimmt

Der Rat der Stadt Barsinghausen stellt gemäß § 52 Abs. 2 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) den Sitzverlust von Frau Susanne Riemer zum 21. Mai 2019 fest.

Herr Lahmann verabschiedet Frau Riemer.

Anschließend wird Herr Roth durch Herrn Lahmann förmlich verpflichtet.

5. Umbesetzungen in Ausschüssen des Rates und anderen Gremien

Die Fraktion Bündnis90/Die Grünen benennt Herrn Roth als Mitglied im Sozialausschuss, stellvertretendes Mitglied im Schulausschuss und Verwaltungsausschuss. Den Sitz im Aufsichtsrat der Stadtentwicklungsgesellschaft Barsinghausen übernimmt Herr Dogan. Den stellvertretenden Fraktionsvorsitz übernimmt Herr Lux.

Weiterhin benennt die Verwaltung folgende Vertreter:

a) Gesellschafterversammlung Kommunale Nährstoffrückgewinnung Nds. GmbH
Vertreter des Bürgermeisters: Herr Wollny

b) Verbandsversammlung Zweckverband KDO
Vertreter des Bürgermeisters: Herr Dr. Wolf

Die Umbesetzungen werden anschließend zur Abstimmung gestellt.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 34 Nein-Stimmen: 0 Stimmenthaltungen: 0
Beratungsergebnis: zugestimmt

6. Änderung der Geschäftsordnung für den Rat, den Verwaltungsausschuss, die Ratsausschüsse und die Ausschüsse nach besonderen Rechtsvorschriften der Stadt Barsinghausen
Vorlage: XVIII/0391

Herr Lahmann erläutert die Vorlage und trägt die Änderungswünsche aus der vorangegangenen Verwaltungsausschusssitzung vor, welche in grün in der anliegenden Synopse erkennbar gemacht wurden.

Frau Owens fragt, ob in den öffentlichen Protokollen kenntlich gemacht werden könne, wie die einzelnen Fraktionen über die jeweiligen Tagesordnungspunkte abgestimmt hätten.

Frau Schüßler erläutert, dass insbesondere das Auszählen einzelner Stimmen bei einer klaren Mehrheit, gemäß der geplanten Änderungen, nicht mehr vorgenommen werden solle und daher Ihrem Hinweis nicht nachgegangen werden könne.

Anschließend wird die Beschlussvorlage zur Abstimmung gestellt.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 33 Nein-Stimmen: 0 Stimmenthaltungen: 1
Beratungsergebnis: zugestimmt

Die Geschäftsordnung des Rates, des Verwaltungsausschusses, der Ratsausschüsse und der Ausschüsse nach besonderen Rechtsvorschriften der Stadt Barsinghausen wird entsprechend der Anlage 5 beschlossen.

7. Bericht über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses und wichtige Angelegenheiten

Herr Lahmann gibt bekannt, dass der Verwaltungsausschuss vom 21.05.2019 folgende Beschlüsse gefasst hat.

Beschlussvorlage XVIII/0729

1. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Beleuchtung für den Fußweg zwischen Marktstraße und Volkers Hof zu erstellen. Es handelt sich um einen städtischen Weg, der gerade in der Dunkelheit genutzt wird.
Die Kosten wurden im Bauausschuss 4/2018 durch die Verwaltung auf ca. 15.000 Euro veranschlagt. Die Ausführung würde durch die AVACON erfolgen, so dass keine städtischen Verwaltungskapazitäten beansprucht werden.

Beschlussvorlage: XVIII/0750

2. Die Verwaltung wird ermächtigt, die Ausführungsplanung des Ausbaus der Wilhelm-Raabe-Straße, der Eichendorffstraße, des Fitz-Reuter-Platzes und des Heinrich-Heine-Platzes im Rahmen des Sanierungsprogrammes „Soziale Stadt“ unter weitgehender Einbeziehung der Wünsche der Anlieger gem. der durchgeführten Anliegerversammlungen vorzunehmen. Das Straßenbegleitgrün ist anzuordnen und eine einheitliche Materialität, bestehend aus Asphalt und Pflaster, ist in allen Straßen des Gebiets zu verbauen.

Der Bürgermeister wird ermächtigt, im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel, Aufträge, die im Zusammenhang mit der Umsetzung des Ausbaus der Straßen: Wilhelm-Raabe-Straße, Eichendorffstraße, Heinrich-Heine-Platz und Fritz-Reuter-Platz im Rahmen des Projektes: Umgestaltung „Soziale Stadt“, für den Fall, dass diese über 100.000 EUR (netto) liegen, nach Abschluss der Prüfung durch das Rechnungsprüfungsamt an den wirtschaftlichsten Bieter zu erteilen. Diese Ermächtigung gilt auch für Kostenüberschreitungen.

8. Ernennung eines Ehrenbeamten der Freiwilligen Feuerwehr **Vorlage: XVIII/0755**

Frau Schüßler führt in die Beschlussvorlage ein.

Beschlussdarstellung:

Beratungsergebnis: zugestimmt

Herr Wolfgang Pardey wird unter Berufung in das Ehrenbeamtenverhältnis zum Stellvertretenden Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Eckerde ernannt.

Das Ehrenbeamtenverhältnis beginnt mit dem Tage der Aushändigung der Ernennungsurkunde und endet gem. § 20 Abs. 4 des Niedersächsischen Brandschutzgesetzes nach 6 Jahren.

Anschließend wird die Ernennung zum Ehrenbeamten durch Herrn Lahmann durchgeführt.

9. Delegation von Zuständigkeiten und Auslegung des § 85 Abs. 1 Nr. 7 Nieders. Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) **Vorlage: XVIII/0735**

Herr Lahmann führt in die Beschlussvorlage ein und erläutert die Beweggründe der Verwaltung für die vorgeschlagenen Delegationen.

Frau Schüßler trägt den zu dieser Vorlage vorab schriftlich eingereichten Änderungsantrag der SPD-Fraktion vor.

Folgende Änderungen werden beantragt:

a) Alt II.2.3

~~Ernennung von Beamtinnen und Beamten der Laufbahngruppe 1 und der Laufbahngruppe 2, erstes Einstiegsamt.~~

Neu II.2.3.

Ernennung von Beamtinnen und Beamten bis einschließlich der Besoldungsgruppe A10

b) Alt II.2.5

~~Einstellung, Eingruppierung und Entlassung von tariflich Beschäftigten.~~

II.2.5 wird ersatzlos gestrichen, da eine Zuständigkeit des Verwaltungsausschusses nicht durch einen Ratsbeschluss auf den Bürgermeister delegiert werden kann.

a) Alt II.4.5.

~~Der Erwerb von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten bis zu einem Wert 100.000 EUR.~~

Neu 4.5.

Der Erwerb von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten bis zu einem Wert 50.000 EUR

Anschließend lässt Frau Schüßler über den Änderungsantrag abstimmen.

Dem Änderungsantrag der SPD Fraktion wird zugestimmt.

Frau Schüßler lässt daraufhin über die geänderte Beschlussvorlage abstimmen.

Beschlussdarstellung:

Beratungsergebnis: zugestimmt

I. Für den Verwaltungsausschuss

Der Verwaltungsausschuss delegiert folgende Zuständigkeiten auf den Bürgermeister:

Widersprüche in Angelegenheiten des eigenen Wirkungskreises.

II. Für den Rat

1. Der Rat delegiert folgende Zuständigkeiten auf den Verwaltungsausschuss:
 - 1.1. Alle Aufgaben gemäß § 107 Abs. 5 S. 4 NKomVG.
 - 1.2. Die Annahme oder Vermittlung von Zuwendung mit einem Wert von 100,01 EUR bis zu 2.000 EUR.
2. Der Rat delegiert folgende Zuständigkeiten auf den Bürgermeister:
 - 2.1. Veräußerung und Belastung von städtischen Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten bis zu einem Wert von 50.000 EUR und in allen Fällen, in denen der Rat vorab der Verkaufspreis festgelegt hat.
 - 2.2. Sonstige Verfügung über städtisches Vermögen bis zur Höhe von 25.000 EUR ohne gesetzliche Umsatzsteuer.
 - 2.3. Ernennung von Beamtinnen und Beamten bis einschließlich der Besoldungsgruppe A10
 - 2.4. Versetzung zu einem anderen Dienstherrn sowie Versetzung in den Ruhestand von Beamtinnen und Beamten.
3. Der Rat delegiert folgende Zuständigkeiten auf die Niedersächsische Versorgungskasse:

Die Gewährung von Beihilfen gemäß § 80 Nieders. Beamtengesetz und die Festsetzung von Versorgungsbezügen und Altersgeld.
4. Geschäfte der laufenden Verwaltung gem. § 85 Abs. 1 Nr. 7 NKomVG in der Zuständigkeit des Bürgermeisters sind:
 - 4.1. Vermietung und Verpachtung bis zum Jahresentgelt von 10.000 EUR ohne gesetzliche Umsatzsteuer.
 - 4.2. Abschluss von Miet- Pacht- und sonstigen Überlassungsverträgen bis zum Jahreswert von 50.000 EUR ohne gesetzliche Umsatzsteuer, unabhängig von der Laufzeit.
 - 4.3. Die Vergabe von Aufträgen im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel aufgrund eines förmlichen Ausschreibungsverfahrens nach Abschluss der Prüfung durch das Rechnungsprüfungsamt bis zur Höhe von 1 Mio. EUR ohne Umsatzsteuer.
 - 4.4. Die Gewährung von freiwilligen Beihilfen, Zuschüssen und sonstigen freiwilligen Leistung im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel. Sofern die Zustimmung zu einer über- bzw. außerplanmäßigen Aufwendung oder Auszahlung erforderlich ist, bis zur Höhe von 1.000 EUR.
 - 4.5. Der Erwerb von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten bis zu einem Wert 50.000 EUR.

- 4.6. Der Erlass von Forderungen und der Verzicht oder die Anerkennung von Forderungen im Vergleichswege bis zu einem Wert von 25.000 EUR ohne gesetzliche Umsatzsteuer.
- 4.7. Niederschlagung von Forderungen zeitlich und wertmäßig in unbegrenzter Höhe.
- 4.8. Stundung von Forderungen zeitlich und wertmäßig in unbegrenzter Höhe.
- 4.9. Gewährung von Darlehen im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel bis zur Höhe von 5.000 EUR.

5. Der Bürgermeister hat im Verwaltungsausschuss wie folgt zu berichten:

- 5.1. Vorab über geplante externe Stellenausschreibungen ab Entgeltgruppe 9 TVÖD oder vergleichbar bzw. Laubahngruppe 2, erstes Einstiegsamt.
- 5.2. Über die getroffenen Entscheidungen nach Nr. I., II.2.3 – II.2.5 und II.4.7 dieses Beschlusses.

10. QEK - Qualitätssteigerungs- und Entwicklungskonzept **Vorlage: XVIII/0575**

Die Informationsvorlage wird durch Herrn Lahmann vorgestellt.

Frau Dr. Beckmann weist darauf hin, dass die Vorlage beschreibe, dass in den finanziellen Hochrechnungen bereits gefasste Beschlüsse eingerechnet seien. Es würde jedoch nicht daraus hervorgehen, welche Beschlüsse konkret in die Hochrechnungen eingeflossen seien. Weiterhin erläutert Frau Dr. Beckmann, dass in der von der Verwaltung favorisierten Variante C die Personalentwicklung sowie die steigenden Abschreibungen bei Investitionen nicht berücksichtigt seien.

Herr Dobelmann erläutert, dass dieses Konzept als „umgekehrte Haushaltskonsolidierung“ angekündigt worden sei. Aus seiner Sicht wäre es sinnvoll gewesen, die damaligen Maßnahmen der Haushaltskonsolidierung aufzulisten, zu prüfen, welche davon gegriffen haben, um diese teilweise wieder rückgängig zu machen. Des Weiteren sind Ansätze zu Investitionsmaßnahmen von 1,7 Mio EUR vorgesehen. Diese seien jedoch nicht für den erhofften Kindergartenneubau, Schulsanierungen oder Straßensanierungen vorgesehen, sondern zu einem Großteil für die Erneuerung der Beleuchtungsanlagen, die bereits 1,6 Mio € ausmachen würden.

Herr Lahmann bezieht sich noch einmal auf seine vorangegangene Vorstellung der Vorlage, wo er darauf hingewiesen hat, dass es sich hierbei lediglich um eine Informationsvorlage handle, da die Verwaltung zum jetzigen Zeitpunkt nicht mehr den finanziellen Spielraum prognostiziere wie noch im Jahr 2017. Aufgrund dessen seien auch viele der von Herrn Dobelmann genannten Maßnahmen nicht in die Berechnung mit eingeflossen. Auch die Vorlage wäre inhaltlich anders gestaltet worden, wenn hier konkrete Maßnahmen hätten beschlossen werden sollen.

Weiterhin berichtet Herr Lahmann, dass bereits viele Sparmaßnahmen, die im Rahmen der Haushaltskonsolidierung umgesetzt worden seien, wieder zurückgenommen werden könnten, wie z.B. die Sportförderung. Außerdem stellt er klar, dass auch bei der Variante C die Personalentwicklung sowie die steigenden Abschreibungen berücksichtigt worden seien.

Frau Klein bittet darum, dass es zu diesem Thema einen Workshop mit den Fraktionen und der Verwaltung geben sollte.

Herr Lahmann sagt, wenn durch die Fraktionen ein Workshop gewünscht werde, könne dieser durch die Verwaltung organisiert werden. Außerdem wird darauf hingewiesen, dass aufgrund der finanziellen Prognose keine der Varianten durch die Verwaltung favorisiert werde, sondern die Haushaltsgespräche die Grundlage für eine weitere Entwicklung sein sollten.

Herr Schroth erläutert, dass die Finanzprognosen der Verwaltung nur auf 1-2 Jahre realistisch planbar seien, da man in der Vergangenheit gesehen habe, wie schnell sich diese ändern könne. Hinzu kommt die personelle Situation der Verwaltung, mit der nur eine bestimmte Anzahl an Maßnahmen umgesetzt werden könne.

Herr Messing bittet darum, der Öffentlichkeit die Gründe der veränderten Finanzlage zu erläutern, um herauszustellen, warum von den prognostizierten Zahlen aus dem Jahr 2017 abgewichen werde.

Anschließend lässt Frau Schüßler die Informationsvorlage den Rat zur Kenntnis nehmen.

Beschlussdarstellung:

Beratungsergebnis: zur Kenntnis genommen

**11. Beitritt der Stadt Peine und der Gemeinden Edemissen, Ilsede und Wendeburg zur gemeinsamen kommunalen Anstalt "Hannoversche Informationstechnologien AöR" (HannIT)
Vorlage: XVIII/0746**

Herr Prof. Dr. Zieseniß erläutert die Vorlage.

Beschlussdarstellung:

Beratungsergebnis: zugestimmt

1. Der Rat der Stadt Barsinghausen stimmt dem Beitritt der Stadt Peine und der Gemeinden Edemissen, Ilsede und Wendeburg zur gemeinsamen kommunalen Anstalt HannIT und der damit verbundenen Satzung zur 6. Änderung der Satzung der gemeinsamen kommunalen Anstalt „Hannoversche Informationstechnologien AöR“, (HannIT) zu.
2. Der Bürgermeister wird ermächtigt, den öffentlich-rechtlichen Vertrag über die Beteiligung weiterer Träger und über die Änderung der Satzung der gemeinsamen kommunalen Anstalt „Hannoversche Informationstechnologien AöR“, (HannIT) abzuschließen.

**12. Neufassung des Gesellschaftsvertrages der Stadtwerke Barsinghausen GmbH
Vorlage: XVIII/0421**

Der Tagesordnungspunkte wurde zu Beginn der Sitzung abgesetzt.

13. Strategische Steuerung: Ziele und Kennzahlen der wesentlichen Produkte
Vorlage: XVIII/0683

Herr Dobelmann führt in die Beschlusssache ein.

Beschlussdarstellung:

Beratungsergebnis: zugestimmt

1. Die als Anlage beigefügten Produktziele und Kennzahlen für die Haushaltsjahre des Doppelhaushalts 2020 / 2021 werden beschlossen.
2. Ab dem Haushaltsjahr 2020 unterrichtet die Verwaltung den Rat zweimal jährlich im Rahmen eines unterjährigen Berichtswesens von der Entwicklung der wesentlichen Produkte.

14. Nachbesetzung des Integrationsbeirates
Vorlage: XVIII/0744

Frau Härdrich berichtet über die Zusammensetzung des Integrationsbeirates und erläutert die Beschlusssache.

Beschlussdarstellung:

Beratungsergebnis: zugestimmt

In den Integrationsbeirat der Stadt Barsinghausen werden folgende zwei neue, stimmberechtigten Mitglieder berufen:

| | Name | Vorname |
|----|--------------|----------------|
| 1. | Finke-Fricke | Nicola |
| 2. | Peterwitz | Jochen |

15. Investitionszuschuss an den Verein "Leben in Göxe e.V." zur Schaffung von 15 zusätzlichen Kindergartenplätzen
Vorlage: XVIII/0751

Frau Bischoff führt in die Vorlage ein.

Beschlussdarstellung:

Beratungsergebnis: zugestimmt

Der Verein „Leben in Göxe e.V.“ erhält für die Schaffung von 15 neuen Kindergartenplätzen einen Investitionszuschuss in Höhe von insgesamt 83.675,00 €.

Die Verwaltung wird beauftragt, Fördermittel bei der Region Hannover im höchstmöglichen Rahmen zu beantragen (voraussichtlich 79.800 €).

16. Erlass einer Sperrzeitverordnung für das Stadtfestwochenende
Vorlage: XVIII/0757

Frau Härdrich erläutert die Beschlussvorlage.

Beschlussdarstellung:

Beratungsergebnis: zugestimmt

Der Rat der Stadt Barsinghausen beschließt die anliegende Verordnung über Sperrzeiten für Gaststätten (Sperrzeitverordnung).

17. Satzung zur 3. Änderung der Friedhofssatzung der Stadt Barsinghausen
Vorlage: XVIII/0733

Herr Schroth führt in die Beschlussvorlage ein.

Frau Owens fragt an die Verwaltung, wie die zukünftige Grabpflege umgesetzt werden solle, wenn keine Steinplatten für Gräber mehr zulässig seien.

Herr Lahmann antwortet, dass insbesondere durch den hohen Wasserstand der Verwesungsprozess deutlich länger dauerte und sich daher für ein Verbot von Steinplatten für Gräber entschieden wurde. Weiterhin bietet die Stadt Barsinghausen andere Friedhöfe oder Bestattungsvarianten an.

Beschlussdarstellung:

Beratungsergebnis: zugestimmt

Die als Anlage beigefügte Satzung zur 3. Änderung der Friedhofssatzung der Stadt Barsinghausen wird beschlossen.

18. Entwicklung eines Mobilitätskonzeptes, "Mobilität 2024" in Barsinghausen
- Antrag der Gruppe CDU/FDP -
Vorlage: XVIII/0754

Herr Schroth berichtet über die Änderungen aus dem vorangegangenen Verwaltungsausschuss und erläutert die Beschlussvorlage.

Beschlussdarstellung:

Beratungsergebnis: zugestimmt

Der Rat der Stadt Barsinghausen beauftragt die Verwaltung zu ermitteln, welche Kosten notwendig sind, ein Mobilitätskonzept „Mobilität 2024“ für Barsinghausen zu entwickeln. Dies soll zu den Haushaltsplanberatungen 2020/2021 vorliegen.

19. Annahme von freiwilligen Zuwendungen

Frau Schüßler trägt die folgenden Zuwendungen vor.

Spenden, Schenkungen und sonstige Zuwendungen an die Stadt Barsinghausen gem. § 111 Abs. 7 NKomVG

Übersicht für die Sitzung des Rates am 23.05.2019

| Lfd. Nr. | Datum der Entgegennahme | Geber | Art der Zuwendung | Summe/Wert der Zuwendung | Verwendungszweck | Geber ist mit öffentlicher Behandlung einverstanden | Weiterleitung der Zuwendung an Dritte? (ggf. an wen) |
|----------|-------------------------|---|-------------------|--------------------------|---|---|--|
| 1 | offen | Stadtsparkasse Barsinghausen Deisterstr. 1a 30890 Barsinghausen | Geldspende | 1.028,80 € | Werkzeug für die BBI (2 Kettensägen) | ja | nein |

Der Annahme von freiwilligen Zuwendung wurde zugestimmt.

20. Mitteilungen der Verwaltung

Herr Lahmann berichtet über das Schreiben der Region Hannover, in dem die Verwaltung angewiesen wird, einen beidseitigen Fahrradschutzstreifen in Goltern anzuordnen. Da es sich hier um eine fachaufsichtliche Weisung handelt, muss die Verwaltung dieser Folge leisten. Trotzdem wurde die Region Hannover diesbezüglich noch einmal angeschrieben, da die Begründung der Weisung aus Sicht der Verwaltung widersprüchlich sei. Sollte die Region Hannover jedoch weiterhin auf Ihre Weisung bestehen, hat die Verwaltung keine Rechtsmittel und muss daher Folge leisten.

Herr Schroth fragt an die Verwaltung, ob der Hinweis von Herrn Dobelmann, dass Herr Lahmann einen beidseitigen Fahrradschutzstreifen vertraglich vereinbart habe, zutreffend sei.

Herr Lahmann antwortet, dass die Anbringung von Fahrradschutzstreifen eine verkehrsbehördliche Anordnung darstelle. Die Durchführungsvereinbarung zum Ausbau der Straße sei jedoch nicht die Vorwegnahme einer verkehrsbehördlichen Anordnung. Aus Sicht der Verwaltung habe sich somit der Rat die Entscheidung zur Anbringung des Fahrradschutzstreifens rechtmäßig herangezogen.

Herr Dobelmann weist darauf hin, dass er nur aus der vorhandenen Vorlage zitiert habe und erläutert noch einmal die Gründe zur Entscheidung zu einem einseitigen Fahrradschutzstreifen. Weiterhin wird gebeten, das direkte Gespräch mit der Region Hannover zu suchen.

Herr Dr. Wolf erläutert, dass dies bereits geschehen und leider erfolglos geblieben sei.

Herr Prof. Dr. Zieseniß bestätigt noch einmal die Aussage von Herrn Dr. Wolf. Weiterhin berichtet er von weiteren Terminanfragen zu diesem Thema bei der Region Hannover, die jedoch ebenfalls erfolglos blieben.

Abschließend wird gebeten, dass o.g. Schreiben an die Region Hannover dem Rat der Stadt Barsinghausen noch einmal zur Kenntnis zukommen zu lassen.

21. Anträge, Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

Herr Röver erkundigt sich nach dem aktuellen Sachstand zum Thema Stadtbusnetz und bittet hierzu, frühzeitig eine Entscheidung herbeizuführen.

Herr Wollny berichtet, dass z.Zt. ein Konzept gemeinsam mit der Region Hannover erstellt werde, in dem die Eckpunkte für die Entscheidungsfindung festgehalten seien. Insbesondere das Abfahren der möglichen Routen soll zu einem späteren Zeitpunkt geschehen. Dies hat mit der sich jetzt ergebenden Möglichkeit zu tun, andere Buslinien in das Stadtbusnetz mit einzubeziehen.

Weiterhin fragt Herr Röver, wie die Busumleitung zum Kaiserhof geplant sei, wenn die Bauarbeiten in der Osterstraße beginnen und bittet darum, eine Umleitung über z.B. die Haltestelle Volkers Hof anzuregen.

Herr Lahmann antwortet, dass diese Anregungen an RegioBus weitergegeben werden, jedoch seitens der Verwaltung keine Zusage gegeben werden könne.

Frau Schüßler schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.

Die Sitzung wird um 20:50 Uhr geschlossen.

Christian Kneußel
Protokollführung